

Besondere Geschäftsbedingungen (AGBs)
der wfi | Werner Folger Industrietechnik GmbH
Unternehmensbereich Maschinentransport
- Auftraggeber ist Unternehmer -

Stand 01.05.2009

§ 1 Geltung

(1) Diese Besonderen Geschäftsbedingungen der wfi | Werner Folger Industrietechnik GmbH (nachfolgend auch Auftragnehmer genannt) für den Unternehmensbereich Maschinentransport gelten ausschließlich in Verbindung mit den gesondert geschriebenen und ausgehändigten Allgemeinen Geschäftsbedingungen der wfi | Werner Folger Industrietechnik GmbH.

(2) In Einzelfällen ist der Auftragnehmer berechtigt, zur Erfüllung der bei ihm beauftragten Leistungen weitere Unternehmer hinzuziehen oder die beauftragten Leistungen vollständig durch andere Unternehmer durchführen zu lassen.

§ 2 Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm erteilten Aufträge mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unter Beachtung der einschlägigen Regeln der Technik ordnungsgemäß und fachgerecht auszuführen.

§ 3 Haftung

(1) Besteht die Hauptleistung des Auftragnehmers in der Transportleistung und/oder Leistungserbringung mittels eines Kranes, so gelten die gesetzlichen Vorschriften über das Frachtgeschäft, §§ 407 ff HGB.

(2) Gem. § 431 HGB ist die Haftung des Auftragnehmers auf 8,33 Rechnungseinheiten (Sonderziehungsrechte des IWF) je Kilogramm Rohgewicht beschädigter oder verlorener Fracht beschränkt.

(3) Sofern der Auftraggeber eine höhere Haftungssumme wünscht, hat er den Auftragnehmer hierauf hinzuweisen und mit ihm eine schriftliche Vereinbarung über die Erhöhung des gesetzlichen Haftungshöchstbetrages zu treffen. Die Kosten für die vom Auftragnehmer zu diesem Zwecke nach Vereinbarung abzuschließende Versicherung trägt der Auftraggeber.

(4) Der Auftragnehmer ist im übrigen nicht verpflichtet, das Gut zu versichern. Hierzu bedarf es in jedem Einzelfall eines schriftlichen Auftrages des Auftraggebers.

§ 4 Pflichten des Auftraggebers

(1) Sofern die Demontage des Frachtgutes nicht ebenfalls Auftragsgegenstand des Auftragnehmers war, ist der Auftraggeber dafür verantwortlich, dass das Transportgut dem Auftragnehmer in einem ordnungsgemäß transportfähigen Zustand übergeben wird. Hierzu zählt insbesondere die ordnungsgemäße Verpackung, Abdeckung oder Einhaltung sonstiger Schutzmassnahmen gegen äußere Einflüsse. Der Auftraggeber ist gleichfalls dafür verantwortlich, dass dem Auftragnehmer sämtliche relevanten Maße und Gewichte und statischen Parameter (z.B. Schwerpunkt) des Transportgutes so rechtzeitig bekannt gegeben werden, dass dieser das jeweilige Transportmittel bzw. Lasthebeinstrument (z.B. Kran, Hubstapler) darauf abstimmen kann.

(2) Der Auftraggeber ist im Übrigen auch für das Vorliegen sämtlicher sonstiger Voraussetzungen, die nicht dem eigentlichen Transportvorgang zuzuordnen sind, verantwortlich. Dieses gilt insbesondere für die Belastbarkeit der Böden am Auf- und Abladeort sowie die ordnungsgemäße Befahrbarkeit sämtlicher auf dem Transportweg notwendig zu nutzender privater und sonstiger Wege, die nicht öffentliche Straßen im Sinne des Straßen- und Wegerechtes sind.

(3) Der Auftraggeber hat sich im Übrigen zu vergewissern und gegenüber dem Auftragnehmer sicherzustellen, dass sich weder am Auf- noch am Abladeplatz oder auf der Transportroute statisch instabiler Untergrund, z.B. aufgrund unterirdischer Schacht- oder Kanalanlagen befindet, der dem Gesamtgewicht des Transportes nicht standhält. Anderenfalls hat er den Auftragnehmer hierauf vor Durchführung des Transportes hinzuweisen.

§ 5 Genehmigungspflichtige Transporte

(1) Der Auftraggeber hat in eigener Verantwortung zu überprüfen, ob das zu transportierende Gut einer besonderen Genehmigungspflicht, z.B. nach der StVO oder anderen gesetzlichen Vorschriften unterliegt. Er wird dem Auftragnehmer hiervon unaufgefordert Mitteilung machen.

(2) Sobald der Auftragnehmer von einer Genehmigungspflicht Kenntnis erlangt, wird er sich um die Erlangung derselben unverzüglich bemühen.

(3) Die Kosten der Genehmigungserteilung oder sonstiger behördlicher Maßnahmen sowie etwaiger mit dem Transport verbundener und zwangsweise zu erfüllender Auflagen (z.B. verkehrslenkende Maßnahmen) trägt der Auftraggeber.

§ 6 Vorbehalt des Rücktritts

(1) Ist für den Auftragnehmer erkennbar, dass ein Auftrag nicht ordnungsgemäß durchführbar ist oder sind wegen der Auftragsumstände Schäden an eingesetztem Material, verwendeten Maschinen und Fahrzeugen oder sonstigen Vermögensgegenständen zu befürchten, so kann der Auftragnehmer auch nach Vertragsschluss vom Vertrag zurücktreten. Der Auftraggeber ist in einem solchen Falle nicht berechtigt, Schadenersatz vom Auftragnehmer zu verlangen.

§ 7 Zahlungsbedingungen

50 % des Rechnungsbetrages sind vor Ausführung zum auf der Rechnung angegebenen Datum fällig, die restlichen 50 % 7 Tage nach Ausführung der Frachtleistung.